



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Daniel Münger, SP Fraktion: Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau und von Alterswohnungen, sowie Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik**

Autor/in: [Daniel Münger](#)

Mitunterzeichnet von: Bammatter, Bänziger, Brassel, Bühler, Dedeoglu, Degen, Fankhauser, Geiser, Giger, Hänggi, Hartmann, Huggel, Joset, Koch, Küng, Maag, Meschberger, Müller Peter H., Pfaff, Rüegg, Schweizer Hannes, Schweizer Kathrin, Würth und Zemp

Eingereicht am: 11. Dezember 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Das Regierungsprogramm 2012-2015, der Finanzplan 2014-2017 und das Investitionsprogramm 2014-2023 dienen unter anderem als strategische Instrumente für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing, Innovation und Wertschöpfung sowie für das Zusammenleben im Baselbiet .

In diesen Führungsinstrumenten wird wiederholt auf die aktuelle unbefriedigende Lage in den Bereichen "Wohnen im Alter", "Mietpreisniveau", "jährliche Netto-Wohnungsproduktion" oder auf die "ungenügende Bodenentwicklungspolitik" hingewiesen. Der Regierungsrat hat in seinem Regierungsprogramm folgendes Ziel definiert:

ENTWICKLUNG UND AUFWERTUNG VON WOHNSTANDORTEN

Der Kanton Basel-Landschaft setzt seine Anstrengungen zur Schaffung von attraktivem Wohnraum fort. Dabei sollen die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung innerhalb aller Angebotsstufen möglichst gut abgedeckt werden. Der Kanton treibt dazu in erster Linie die Entwicklung und die Aufwertung von Wohnstandorten zusammen mit öffentlichen und privaten Partnern in Gebieten mit Erneuerungsbedarf und mit namhaften Entwicklungspotenzialen voran. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mehrfamilienhausbau und die Gewinnung entsprechender Investoren.

Die Region Nordwestschweiz und somit auch das Baselbiet liegen im schweizweiten Vergleich im Leerwohnungsbestand weiterhin im Hintertreffen. Ganz akut wird dieses Problem im Bereich der "erschwinglichen" Mietwohnungen und im Alterswohnbereich. Ein weiteres Problem zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist auch der hohe Quadratmeterpreis des Boden, speziell im unteren Baselbiet. Ohne die Behebung dieser gewichtigen Faktoren ist eines der grossen Ziele des Kantons Basel-Landschaft nicht zu erreichen.

Die Regierung wird auf Grund dieser Ausgangslage eingeladen, folgende Punkte zu prüfen und zu berichten:

- Genossenschaftlicher Wohnungsbau
 - Vereinfachte Finanzierung von Wohnbau-Projekten durch Verbürgung von Bankkrediten.
 - Die Regierung prüft eine Verbürgung über den Wirtschaftsförderungsfond oder den Wohnbauförderungsfond.
- Aktive Bodenpolitik
 - Der Kanton schafft Anreize für Gemeinden, die Land für den gemeinnützigen Wohnungsbau ausscheiden.
 - Der Kanton scheidet kantonseigene Areale für den gemeinnützigen Wohnungsbau aus.

- Wohnen im Alter
 - Der Kanton fördert Projekte im gemeinnützigen Wohnungsbau, die speziell auf die Bedürfnisse für das Wohnen im Alter zugeschnitten sind, mit der Übernahme der Mehrkosten.

Sollte sich während den Abklärungen unmittelbarer Handlungsbedarf ergeben, ist der Regierungsrat eingeladen, diesen umgehend wahrzunehmen.

Da es sich um ein Postulat mit dringenden Anliegen handelt, wird die Behandlungsfrist auf 6 Monate verkürzt.